

DFG-Projekt ‘Zivilmächte’

Working Paper



**„Der Zivilmachtsansatz ist keine Schönwettertheorie.“
Überlegungen zur methodischen und theoretischen Verortung
Autor: Sebastian Harnisch
Fassung: 15. Mai 1997**

**Geschäftszeichen: MA 687/4-1 und 2
Laufzeit: April 1994 - Oktober 1997**

**Projektleiter: Prof. Dr. Hanns W. Maull
Lehrstuhl für Außenpolitik und Internationale Beziehungen
Universität Trier, FB III Politikwissenschaft
54286 Trier**

GLIEDERUNG

1. Einleitung

2. Thesen zur Verbindung von Zivilmachtansatz und theoretischer Forschung

- 2.1. Differenzierung und Integration als Maßstab
- 2.2. Differenzierungsprobleme
- 2.3. Thesen

3. Thesen zum methodischen Vorgehen

- 3.1. Methodik und Integration
- 3.2. Methodik und Analyseebenenproblem
- 3.3. Beschreibung, Erklärung und Prognose
- 3.4. Thesen

4. Thesen zur Erklärungsfähigkeit

- 4.1. Eingeschränkte Erklärungsfähigkeit
- 4.2. Rationalität und Normgebundenheit
- 4.3. Nachwort
- 4.4. Thesen

5. Fazit

- 5.1. Verbesserungen
- 5.2. Lehren
- 5.3. Projektziele und Ergebnisse
- 5.4. Nachwort

6. Literatur

1. Einleitung

Berichterstattung über theoretische und methodische Fragen in den Sozialwissenschaften ist ein ungeliebtes Geschäft. Weit verbreitet ist die Auffassung, daß abseits der Quantifizierbarkeit jeder Forscher doch nur die eigenen, hoffentlich begründeten Vor- und/oder Vorausurteile verkündet. Im Zweifelsfall scheitern intra- oder auch interdisziplinäre Forschungsvorhaben deshalb oft an dem „anderen Zugang“ oder einem unterschiedlichen Wissenschaftsverständnis der Beobachter, bzw. Forschenden. Um Mißverständnisse in „unserem Projekt“ zu vermeiden, erscheinen deshalb einige Vorbemerkungen „aus meiner Sicht“ zu den Aufgaben, bzw. Zielen eines sozialwissenschaftlichen Forschungsprojektes geboten. Diese grundsätzlichen Erwartungen sollen dann systematisch mit den im Projektantrag formulierten Fragestellungen abgeglichen werden. Ziel dieses doppelgleisigen Vorgehens ist es einerseits, mögliche grundsätzliche Schwächen im Projektdesign zu reflektieren und diese durch geschickte Argumentation im Abschlußbericht so gering wie möglich erscheinen zu lassen. Andererseits sollen die folgenden Bemerkungen eine fruchtbare Diskussion anstoßen, die einige „Lehren“ aus diesem für weitere Projekte festhält.¹ Deshalb werden abschließend, soweit möglich, Veränderungen für das Projekt (bezogen auf den Abschlußbericht) und Lehren für weitere Projekte unterschieden.

1.1. Grundlegende Ziele von politikwissenschaftlichen Forschungsprojekten

Die im folgenden präsentierten Thesen zur methodischen und theoretischen Validität des Zivilmächtsprojektes stützen sich **einerseits** auf die Überlegungen von King/Keohane/Verba 1994 zum Forschungsprozeß in den Sozialwissenschaften. Danach *sollen* zwei Kriterien *weitestgehend* genügen:

- 1) Dem Forschungsvorhaben sollte eine Frage zugrunde liegen, die von allgemeinem Interesse ist, i.e. in der Realität aufgetreten ist oder auftreten wird (King/Keohane/Verba 1994: 15). Eine solche Fragestellung versucht, Zusammenhänge im sozialen, politischen und wirtschaftlichen Bereich aufzudecken, die viele Menschen positiv oder negativ betrifft.
- 2) Das Forschungsprojekt sollte einen spezifischen Beitrag zu einem bestimmten Forschungsstrang leisten und dadurch *zu einer verbesserten kollektiven Erklärungsfähigkeit* der Realität beitragen (King/Verba/Keohane 1994: 15).

Für das Zivilmächtsprojekt lassen sich so z. B. die beiden folgenden Fragestellungen identifizieren:

ad 1) Hat sich die bundesdeutsche Außenpolitik durch den Umbruch, samt Wiedervereinigung mit Ostdeutschland, verändert (normalisiert)? Entspricht Sie nach dem Umbruch mehr oder weniger dem Idealtyp „Zivilmacht“?

ad 2) Welchen Einfluß haben kulturelle Faktoren, namentlich alter und ego Faktoren aus dem Rollenkonzept, bei diesem Wandel gehabt? Gibt es Hinweise, daß diese Faktoren, wenngleich auf unterschiedliche Weise, auch bei Japan und den USA „eine Rolle“ gespielt haben?

¹ Dies ist wohl Konsens am Lehrstuhl, wie die Besprechung vom 29.04. 1997 in Hinblick auf das Europa-Projekt von Bernhard Stahl gezeigt hat.

1.2. Projektimmanente Fragestellungen

Auf der anderen Seite sollen im Rahmen dieses Berichts die ursprünglichen Fragestellungen des Projektes kritisch reflektiert werden. Im Projektantrag vom 4. August 1993 heißt es dazu:

„Ziel des Projektes ist es dabei,

- die Entwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der BRD und den USA einerseits und Japan und den USA andererseits zu untersuchen. Die vergleichende Analyse soll **Rückschlüsse auf die zukünftige Gestaltungsfähigkeit der Beziehungen ermöglichen (empirisches Forschungsinteresse)**
- anhand der vergleichenden Untersuchung von Rollenverständnis und Verhaltensmustern dreier zentraler Akteure der internationalen Politik **Erkenntnisse über Art und Richtung der Veränderungsprozesse der internationalen Beziehungen im Untersuchungszeitraum zu gewinnen und damit auch einen Beitrag zur Theoriebildung zu leisten**“ (Projektantrag 1993: 2, meine Hervorhebung, S.H.).

Diese beiden Fragestellungen werden im Laufe des Antrages erheblich ausgeweitet, indem auf S. 7 als weitere Ziele postuliert werden:

- a) Anpassungsprozesse in diesen Beziehungen an veränderte Rahmenbedingungen zu untersuchen und dadurch auch **einen Beitrag zur Abschätzung der Belastbarkeit und der Entwicklungstendenzen in diesen Beziehungen zu leisten**, und
- b) über die Untersuchung dieser konkreten Beziehungen und die Entwicklung der Kooperationsfähigkeit in diesen beiden Dyaden anhand von Fallstudien zugleich **zu Aussagen über die Veränderungen in den internationalen Beziehungen selbst zu kommen**, für deren zukünftige Richtung diese beiden bilateralen Beziehungen von hoher Bedeutung sind“ (meine Hervorhebungen, S. H.).

Darüberhinaus „soll auch **Veränderungen des Phänomens „Macht“ nachgegangen werden**: Die These lautet hier,

daß „Macht“ in Kooperationsbeziehungen mit hohem Verdichtungsgrad anders ausgeübt wird und deshalb auch anders zu messen ist als in Beziehungen mit geringer Dichte und stärkerer Konfliktorientierung“ (meine Hervorhebung, S.H.).

Des weiteren „soll versucht werden, das **Selbstverständnis und die Rollenerwartungen** an den Partner für die drei Akteure Bundesrepublik, Japan und USA **vergleichend zu analysieren** und **Rollenerwartungen und Rollenverhalten** in bestimmten Entscheidungsabläufen **gegenüberzustellen**. Dabei soll auch die **Tragfähigkeit** des idealtypisch verstandenen **Konzeptes der „Zivilmacht“ überprüft werden**, das „postmoderne“ oder „post-nationalstaatliche Formen außenpolitischer Orientierung zu erfassen sucht und in diesem Zusammenhang **Japan und die Bundesrepublik** in mancher Hinsicht **als prototypisch ansieht**“ (meine Hervorhebungen, S. H.).

Zusätzlich werden hier zwei Hypothesen formuliert:

- „1. Japan und die Bundesrepublik Deutschland haben in ihren Außenpolitiken seit 1950 Rollenverständnisse und **erfolgreiche Verhaltensweisen entwickelt**, die sich **qualitativ** vom Rollenverständnis und -verhalten traditioneller Machtpolitik und auch vom Rollenverständnis der Supermacht USA **unterscheiden**....
- „2. Diese Erfahrungen haben, ..., Relevanz für andere Staaten und für die zukünftige Gestaltung der gesamten internationalen Beziehungen: **In diesen Dyaden werden Veränderungen** in dem Phänomen der **Kooperation und der „Macht“ sichtbar**, die das Rollenverständnis, die spezifischen Verhaltensmuster und die Fähigkeiten von Zivilmächten im Vergleich zu mehr traditionellen Rollenverständnissen und - verhaltensweisen **im Sinne der Gestaltungschancen begünstigen**“ (meine Hervorhebungen, S. H.).

Explizit stellt der Projektantrag einen Zusammenhang zur neo-institutionalistischen Schule bzw. den Zivilisierungstheoretikern Elias und Senghaas her (S. 3). Als Arbeitshypothesen werden diesbezüglich definiert:

„daß sich

- a) im außenpolitischen Rollenverständnis und Verhalten aller drei Akteure, insbesondere und qualitativ bedeutsam jedoch im Falle Japans und der Bundesrepublik Deutschland, Charakteristika des Idealtypus der „Zivilmacht“ finden lassen, und daß
- b) diese Art der Außenpolitik durchaus durchsetzungsfähig ist, also „Macht“ eines neuen Typs reflektiert“ (S.4f.).

Im Rahmen der Projektverlängerung wurde diese Liste der Ziele des Projektes nochmals erweitert:

Durch die Erweiterung des Quellenpakets, die Auswertung von Umfragedaten zur Rollenkonzeption der außenpolitischen Eliten und der Bevölkerung anhand von sechs Analysefeldern (Weltsicht/Rahmenbedingungen der Außen- und Sicherheitspolitik etc.)² und der Analyse von Sekundärliteratur sollen „detailliertere Aufschlüsse“ darüber erarbeitet werden, ob das „Phänomen Zivilmacht“ während des Untersuchungszeitraums an Attraktivität und Plausibilität gewonnen hat (Maul/Kirste 1996: 24).

Ferner soll, aufgrund der festgestellten divergierenden Gestaltungschancen der Zivilmächte unter unterschiedlichen Rahmenbedingungen, der Einfluß der Zms auf die Veränderung dieser Rahmenbedingungen, namentlich von Regimen und Institutionen, untersucht werden und so ein „aussagekräftiger Beleg im Rahmen der agent-structure Debatte“ geleistet werden (Maul/Kirste 1996: 25). Hierbei soll die Frage beantwortet werden, „ob es Bemühungen der Akteure Japan und Bundesrepublik zur Stärkung der jeweiligen Regime und Institutionen gibt, und mit welchem Erfolg die beiden Akteure ihre zivilisatorischen Vorstellungen in diese Regime/Institutionen implantieren konnten“ (Maul/Kirste 1996: 26).

² Diese Liste wurde m. E. zu einem späteren Zeitpunkt leicht modifiziert.

Zusammenfassend lassen sich also folgende projektimane Projektziele identifizieren:

- 1. Entwicklung der beiden Dyaden => Rückschlüsse auf zukünftige Gestaltungsfähigkeit**
- 2. Erkenntnisse über Art und Richtung der Veränderungsprozesse in den IB => Beitrag zur Theoriebildung³**
- 3. Beitrag zur Abschätzung der Belastbarkeit der Dyaden**
- 4. Veränderungen des Phänomens „Macht“ in den IB => Aussage über Macht in unterschiedlich verdichteten sozialen Beziehungen.**
- 5. Selbstverständnis und Rollenerwartungen aller drei Akteure vergleichend analysieren**
- 6. Tragfähigkeit des „Konzeptes Zivilmacht“ überprüfen (wahrscheinlich als politikwissenschaftliches Konzept)**
- 7. Hypothesenveri- oder falsifizierung: a) Japan und die Bundesrepublik unterscheiden sich von USA bezüglich ZM-Charakter; b) Veränderungen in IB begünstigen die Gestaltungschancen von Zms**
- 8. Hat das „Phänomen Zivilmacht“ bei Eliten und Bevölkerung während des Untersuchungszeitraumes an Attraktivität und Plausibilität gewonnen?**
- 9. Ermessen des Gestaltungsanspruches und der Gestaltungschancen von ZM in Hinblick auf die Veränderung internationaler Rahmenbedingungen (Institutionen/Regimen) als Beleg für agent-structure Debatte.**
- 10. Haben ZM in bestimmten Institutionen/Regimen Gestaltungsansprüche und können sie ihre zivilisatorischen Vorstellungen dort implantieren?**

³ Vgl. hierzu auch den ZM-Zwischenbericht: Maull/Kirste 1996: 1.

2. Thesen zur Verbindung von Zivilmachtansatz und theoretischer Forschung

Bei der Einordnung des ZM-Projektes in die bestehende theoretische Forschung ergeben sich aus meiner Sicht drei Probleme. Erstens stellt das Projekt durch die Anlehnung an die neoinstitutionalistische Forschung bzw. Zivilisierungsforschung in den IB einen theoretischen Rahmen für das Projekt her, der bei der Projektimplementation keinen großen Stellenwert genossen hat. Eine Einordnung in die außenpolitische Rollentheorie erscheint mir daher leichter und sinnvoller als in die Institutionalismusdebatte. Zweitens ist der Bezugspunkt Zivilisierungstheorie, zumindest soweit ich es sehen kann, in weitere Ferne gerückt, da diesbezüglich kaum konkrete Forschung stattgefunden hat (Vgl. aber Rittberger et al. 1997). Hinzu kommt, daß die einzelnen Fallstudien kaum die zivilisierende Wirkung direkten staatlichen oder durch Institutionen vermittelten Handelns systematisch erfaßt und verglichen hat.⁴ Drittens ist jene Theorierichtung, die während des Projektes immer mehr an Einfluß gewann, die außenpolitische Kulturforschung (Kirste/Maull 1996: 284), nach wie vor unterentwickelt. Hier wäre also mehr Aufbau- als Anknüpfungsarbeit zu leisten. Mögliche Anknüpfungspunkte, insbesondere an die Arbeit von Berger und Katzenstein werden im Verlauf dieses Papiers aufgezeigt. Aufbauend auf die forschungstheoretischen Annahmen zu Beginn komme ich zu folgenden Lösungsvorschlägen bzw. Gretchenfragen, die m. E. für eine theoretische Einordnung unerlässlich sind.

2.1. Differenzierung und Integration als Maßstab

Unter Berücksichtigung der zweiten Forderung von King/Verba/Almond 1994: 15 - **verbesserte kollektive Erklärungskraft** - ergeben sich für unseren Abschlußbericht m. E. vor allem zwei Aufgaben:

- 1) Er sollte im Zweig der außenpolitischen Rollentheorie einen erkennbaren verallgemeinerbaren Nutzen unseres Projektes formulieren können. Also zur **Differenzierung** der AP-Rollentheorie beitragen. Dies könnte anhand des Forschungsberichts von Walker 1987 passieren.
- 2) Zweitens sollte unser Resümee die **(Re)Integration** der rollentheoretischen Ergebnisse in die gesamte Außenpolitikforschung ermöglichen. Hier gibt es m. E. einen - wenngleich vagen - Anknüpfungspunkt an die neoinstitutionalistische Forschungsdebatte.

Differenzierung und Integration sind m. E. - ich stütze mich auf die Überlegungen von Goodin/Klingemann 1996a: 3 - die beiden wichtigsten Maßstäbe, um den theoretischen Ertrag unseres Forschungsprojektes zu messen. Hierbei sollte allerdings der in Kirste/Maull 1996 begonnene Weg der Verknüpfung von Rollentheorie und systemischen Prämissen/Theorien weiter beschritten werden. Noch ist keine standhafte Verknüpfung erreicht, wie dies bereits im Zwischenbericht vorausgesetzt wurde (Maull/Kirste 1996: 7).

2.2. Differenzierungsprobleme

Eines der wichtigen Probleme, das bei dem Versuch, unseren Ansatz in die bestehende AP-Rollentheorie einzubinden, entstehen wird, ist die Frage: Welche Rollenkategorien sind zentral für die Bewertung einer Politik als ZM-konform?⁵

Bei der Einbindung unseres Ansatzes in die Rollentheorie bzw. AP-Forschung können wir an drei Punkte anknüpfen:

⁴ Vgl. für ein solches Vorgehen Rittberger et al. 1997: 101ff.

⁵ Dieses Problem ist mehrmals, namentlich in der Nordkorea-Fallstudie (Agreed Framework vs. NPT-Konformität), der Jugoslawien-Fallstudie (Initiator vs collective actor), aufgetreten.

- a) Was ist der Gegenstand unserer Forschung? (modifizierter Staat als Akteur-Ansatz);
- b) Welche Werte/Normen unterliegen unserem Konzept? (erkenntnisleitendes Interesse);
- c) Welche Methoden benutzen wir? (Duales Konzept der Verbindung von quantitativer und qualitativer Forschung).⁶

M. E. weist die oben gestellte Frage auf ein Defizit bzw. ein Aktiva des ZM-Rollenkategorienschemas hin. Es ist so breit angelegt, das balancierendes und verrechtlichendes Verhalten gleichermaßen, auf jeden Fall aber als ZM-Verhalten erfaßt werden kann.

Beispiel: Wird der collective actor und promoter of international institutions als zentral betrachtet, dann kann die deutsche Arbeit in der Kontaktgruppe nicht als ZM-konform betrachtet werden.⁷ Wird die Kategorie Verbündeter als zentral gewertet, war sie in der Kontaktgruppe gegenüber den USA gut, gegenüber GB und Frankreich schlecht. Betrachtet man unterschiedliche Phasen, so ist das deutsche Engagement in der Kontaktgruppe positiv, die Hinnahme, möglicherweise aktive Unterstützung (Duldung) der Herstellung ethnisch reiner Gebiete in Bosnien-Herzegowina durch die Preisgabe der UN-Schutzzonen Srebrenica, Zepa und Gorazde in der Kontaktgruppe aber sicherlich negativ, wenn nicht sogar als rationale Machtpolitik zu bezeichnen (Zumach 1997: 11).

Die Frage ist also, wenn wir uns weder am Gegenstand noch an den Methoden orientieren wollen, welche Normen und Werte unterliegen unserem Zivilmächtskonzept: Wie halten wir es mit den zentralen Werten der Zivilmacht? Sind wir gleichsam an „Demokratie als Prozess“ oder „Demokratie als Ergebnis“ interessiert?⁸

Was die Anbindung an die neoinstitutionalistische Forschung angeht, so hat bereits die frühe Regimetheorie die These aufgestellt, daß Regime die Interessen von Staaten verändern könnten (Krasner 1983: 362-64, ebenso Keohane 1989:4). Wir haben zwar in den Fallstudien nicht systematisch nach den Einflüssen von Institutionen, z. B. der Europäischen Kommission, des UN-Generalsekretärs, auf das Rollenverständnis - verhalten der Akteure gefragt, aber wir haben uns einige „peers“ aus diesen Institutionen (z. B. aus der Kontaktgruppe, KEDO) angeschaut. Dennoch glaube ich, daß die Ausbildung der Bundesrepublik als „verantwortungsbewußter Zivilmacht“ zumindest bis zum SFOR-Einsatz sehr viel mit den Erwartungen des „institutionellen Umfeldes“ der deutschen Außenpolitik zu tun gehabt hat. Es läßt sich hier sicherlich nicht von den USA als „peer“ auf die Institution „Kontaktgruppe“ schließen; der „peer“ kann auch einfach „Macht“ anwenden, z. B. bei der amerikanischen Durchsetzung des „Agreed Framework“ gegen den erklärten südkoreanischen Willen. Aber „peers“ können auch überzeugend wirken und damit die Situationswahrnehmung staatlicher Akteure und von Gesellschaften nachhaltig verändern (soft power). Ein Vergleich des amerikanischen Einflusses bei der Initiierung der japanischen PKO-Gesetzgebung gegenüber den starren Haltungen beider Staaten in der Handelspolitik erscheint hier möglicherweise lohnenswert.

⁶ Vgl. Hierzu auch das Vorgehen in dem Forschungsbericht von Goldmann 1996: 402 in Goodin/Klingemann 1996.

⁷ Vgl. z. B. die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Kontaktgruppenpolitik in Schuler 1997: 2ff.

⁸ Ich bin Ulf Frenkler für den Hinweis dankbar, daß, sollten wir „nur“ an Zivilisierung als Ergebnis interessiert sein, wir die gesamte Betonung von Institutionalisierung und Verrechtlichung in Frage stellen.

2.3. Thesen

Die den Kapitel angehängten Thesen spiegeln nicht in jedem Fall die vorherige Argumentation wider, sondern haben während der Erstellung des Papiers eher die Rolle einer „gedanklichen Wiederaufbereitungsanlage“ gespielt. Ich hoffe dennoch, daß sie zu einer fruchtbaren Diskussion anregen, bzw. beitragen können.

These 1: Der Zivilmachtsansatz kann aus drei Gründen in die neuere AP-Analysedebatte integriert werden:

- a) Ebenso wie die realistische Schule und die Modernisierungstheorie nach dem II. Weltkrieg versucht der ZM-Ansatz nach einem historischen Umbruch ein normatives Modell einer guten, moderaten Außenpolitik anhand der Erfahrungen der „erfolgreichen Mächte“ Japan und Deutschland zu kreieren (Projektantragsziel 7 Hypothese B).⁹ Er steht daher m. E. in der guten Tradition der „politikbegleitenden Theorieansätze“ in der AP-IB-Forschung.¹⁰ Natürlich wird dies auch immer wieder kritisiert, wie z. B. bei Schöllgen (1997: 5).
- b) Der Zivilmachtsansatz teilt mit anderen post-positivistischen Ansätzen, daß er die Veränderungen von außenpolitischen Präferenzordnungen als Reaktion auf systemische Umbrüche mit Hilfe der Rollentheorie untersucht (Projektantragsziel 2). Erwartungen kollektiver Akteure, Kommunikation zwischen ihnen und die Stabilisierung der Kommunikationsergebnisse in Institutionen unter den Bedingungen des systemischen Umbruchs rücken deshalb in den Mittelpunkt der Analyse (Risse-Kappen 1995: 176f.). Damit leistet der Ansatz im weitesten Sinne auch einen Beitrag zur politikwissenschaftlichen Erforschung der Veränderung von politischer Kultur in Transformationsprozessen.¹¹
- c) Der Zivilmachtsansatz ist ein partikularer, begrenzter Ansatz und insofern Teil der „zweiten Generation“ in der Außenpolitikanalyse. Dieser Begrenzung liegt die Enttäuschung mit systemischen Ansätzen zugrunde (Maull/Kirste 1996: 6), die Parsimonität dem Erklärungsreichtum und Quantifizierbarkeit dem informierten Urteil von Area-Spezialisten vorziehen (Neack et al. 1995: 11). Der ZM-Ansatz hat einen geläuterten Staat-als-Akteur-Ansatz, der auch weiterhin in der Forschung bestehen dürfte.¹²

These 2: Der Zivilmachtsansatz ist herkömmlichen „second-image Ansätzen“ überlegen. Dies birgt gleichermaßen Chancen und Risiken.

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Einbruch der Informationsrevolution in die Internationale Politik hat sich die Problemstruktur in den Internationalen Beziehungen grundlegend verändert (Maull 1993). Vorher wohldefinierte Problemfelder wie Rüstungskontrolle, Abrüstung, Allianzpolitik, die bürokratischen oder organisationstheoretischen Erklärungsansätze sind komplexeren Problemfeldern gewichen. Es herrscht daher eine große Unsicherheit bei der außenpolitischen Entscheidungsfindung als auch

⁹ Vgl. hierzu Neack et al. 1995a: 5.

¹⁰ Damit nimmt das Projekt, bzw. seine Mitarbeiter in dem Kategorienschema von Goldmann 1996 die Rolle des „constructive citizens“ ein, vgl. Goldmann 1996: 414.

¹¹ Vgl. hierzu aus dem Bereich der Systemlehre die Beiträge in APuZ B13(21. März 1997).

¹² Vgl. aus dem Bereich der Reflexivitätsdebatte z. B. Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 37, FN 13.

der Definition von außenpolitischen Zielen (Hermann 1990: 20). Ich will dies „Alles-hängt-mit-allem-zusammen-Syndrom“ nennen.

Ausweichstrategien der politischen Eliten, die allerdings nicht neu sind und welche die politische Verantwortlichkeit für mangelnde Entscheidungsfähigkeit- findung delegieren, sind die Folge (Zelikow 1996).¹³ Daraus folgt:

„If we think in terms of constraints, the upheavals in the international system have fundamentally reduced systemic-level constraints and have upset the nature of bureaucratic constraints, given the changes in the standard operating procedures embedded in the decision-making establishment. Therefore, one would expect that those psychological factors that operate as constraints will now have an enhanced role in the decision process (Voss/Dorsey 1992: 25).

Aufgrund der veränderten internationalen Konstellation sollten first-image Faktoren und damit auch der ZM-Ansatz einen grundsätzlich höheren Erklärungswert bekommen (haben), als second- und third-Image-Ansätze (grundlegend zur Einteilung Waltz 1959).¹⁴

These 2a: Der ZM-Ansatz ist second-image-Ansätzen überlegen, weil das Konzept der Rolle das Analyseebenenproblem eklektisch umgeht.

Der ZM-Ansatz ist einerseits ein „second-image-Ansatz“, weil er den Staat als einheitlichen, wengleich gesellschaftlich geläuterten Akteur begreift. Hier gibt es wieder den Rückbezug zu den Werten: Ist die gesellschaftliche, demokratische Zustimmung zentral für ZM-Verhalten oder eher die systemische/externe Ebene, i.e. Druck von Verbündeten?

Andererseits ist er ein first-image-Ansatz, weil er den Staat anthropomorphisiert, i.e., ihm menschliche Züge zuspricht. Demokratisierung oder die Ablehnung aggressiver und expansiver Gewaltpolitik ist im ZM-Ansatz ein Resultat der Werteorientierung der Eliten (Collective actor, ally etc.) und nicht in erster Linie Produkt des Staatsaufbaus der parlamentarischen Demokratie mit checks-and-balances etc. Insofern gliedert er sich an die Überlegungen sozial-konstruktivistischer Ansätze zum „Demokratischen Frieden“ an (Russett 1993: 31, Czempiel 1981: 219; umfassend Owen 1994).

These 2b: Die Anthropomorphisierung des ZM-Ansatzes ist empirisch geschickt, jedoch theoretisch bedenklich:

a) Eine Anbindung an die theoretische Debatte, insbesondere konstruktivistische Ansätze, erscheint nur schwer möglich. Grundannahmen divergieren stark! (vgl. Harnisch 1997)

Selbst moderat konstruktivistische Ansätze in den Internationalen Beziehungen können nicht wie andere Ansätze vom Staat als Akteur ausgehen. Der Staat sollte selbst als Struktur begriffen werden, der durch unterschiedliche Akteure - zugegebenermaßen regelmäßig -

¹³ Probleme des credit claiming, bzw. scapegoating von nationalen Regierungen gegenüber internationalen Institutionen gab es schon immer. Die Frage ist doch vielmehr, ob die Maske der Institutionen ursächlich für die Schwäche der nationalen Aps verantwortlich zu machen ist. In diesem Zusammenhang sollte man den ehemaligen National Security Staffer Zelikow fragen, ob und wie die eigene Bush-Administration Institutionen benutzt habe, die Maske des jugoslawischen Einheitsstaates gestützt, die Europäische Gemeinschaft vorgeschoben habe, um durch eine an innen- und persönlichen Interessen ausgerichtete Politik, zum Schlachten in Jugoslawien beizutragen.

¹⁴ Vgl. hierzu Goldmann 1996: 402f;

(re)konstruiert wird. Die Rekonstruktion der Bundesrepublik als außenpolitischem Akteur durch innen- und außengeleitete Konstruktionsprozesse, i. e. Ausbildung einer distinkten außenpolitischen Identität, bleibt aber im ZM-Projekt bisher unterbelichtet. Öffentliche Meinung, Diskurs der „außenpolitischen Community“,¹⁵ bürokratische Prozesse, Koalitionsdynamiken etc. fallen der alter-Bestimmung durch die Erwartungen externer Akteure zum Opfer. Unter diesen komplexen Voraussetzungen erscheint mir das Ziel, einen Beitrag zur „agent-structure-Debatte“ leisten zu wollen (Mauß/Kirste 1996: 25), als sehr ambitioniert.

b) generelle Kritik an Anthropomorphien in der Internationalen Politik (Suganami 1985; Bull 1977) sind bisher im Konzept nicht theoretisch bearbeitet worden. Darauf haben auch die Gutachter mehrfach vehement hingewiesen.

=> Vorschlag 1: Staat als Akteur-Ansatz im theoretischen Teil des Abschlußbericht i. S. einer empirischen Frage anekdotisch und nicht systematisch problematisieren: Hat der Staat (ZM Japan, Bundesrepublik, USA) als einheitlicher Akteur agiert? Wo haben gesellschaftliche Gruppen, Bürokratien, Wirtschaftsverbände starken Einfluß gehabt?

=> **Interpretationsvorschlag 1:**

In Hinblick auf den Nachweis von Veränderungstendenzen in den Internationalen Beziehungen ist die Erklärungskraft unseres Projektes m. E. beschränkt (Projektziel 2). Das liegt m. E. nicht an der Bearbeitung des Projektes, sondern an dessen konzeptionellen Aufbau. Wie später gezeigt wird, sind die von uns gewonnenen Aussagen nur sehr eingeschränkt generalisierbar für die Außenpolitiken der untersuchten Staaten, geschweige denn für die Außenpolitiken „westlicher Industriestaaten“ im allgemeinen. Dennoch lassen sich m. E. einige interessante Erkenntnisse unserer bisherigen Forschung erhärten.

Deutlich erkennbar ist in den meisten Fallstudien die „ambivalente Stärke exekutiver Außenpolitik“. Aus Effizienzgründen wird ein zunehmender Teil (außen)politischer Entscheidungen auf die internationale Ebene verlagert, was zu einer generellen Stärkung exekutiver gegenüber legislativer-judikativer AP führt. Mit der Effizienzsteigerung, i. S. der Entscheidung nicht ihrer Wirksamkeit, geht aber nicht notwendigerweise eine Legitimitätssteigerung einher, weil internationale Verhandlungsergebnisse zwangsläufig weniger *nationale* Repräsentanztiefe, dafür aber mehr *internationale* Repräsentanzbreite schaffen. Die zunehmend exekutive Außenpolitik gerät deshalb zusehends in eine Effizienz-Legitimitätsschere. Das Maastricht-Urteil des Bundesverfassungsgericht kann hierfür als symptomatisch gelten. Aus diesem Dilemma kann sich die exekutive AP oftmals nur mittels „symbolischer Politik“ befreien. Auf der Ebene der Internationalen Politik spiegelt sich diese Entwicklung durch die „paradoxe Kombination von revitalisiertem Nationalismus und voranschreitendem Internationalismus“ wider (Goldmann 1996: 408).

An dieser Stelle ist ein Rückbezug auf die Frage nach der Zentralität bestimmter ZM-Kategorien für die ZM-Bewertung angebracht. Wenn es sich bei der Zivilmacht um eine „postmoderne Form der Außenpolitik handelt“ (Projektziel 7: Hypothesenverifizierung), so stellt sich auch für sie die Frage nach der Legitimität und der „verflochtenen Demokratie angemessene(n, S. H.) normative(n, S. H.) Theorie der politischen Verantwortlichkeit und der

¹⁵ Indem sich das Projekt für eine Untersuchung der Sekundärliteratur als „Korrektiv“ des Projektes und nicht als Akteursanalyse im außenpolitischen Prozeß entschieden hat, ist eine wichtige Grundlage für eine Diskursanalyse der Binnenkonstruktion der außenpolitischen Identität der jeweiligen Staaten weggefallen, vgl. Protokoll der Projektsitzung vom 4. 03. 1997.

demokratischen Partizipation, an der sich die öffentliche Diskussion orientieren könnte (Scharpf 1991: 630)“. Eine wichtige Frage scheint mir dann in diesem Zusammenhang zu sein: Können Zivilmächte Legitimität nur für eine „Wirtschaftsgemeinschaft“, aber keine „Währungsgemeinschaft“, für eine „Verteidigungsgemeinschaft“, aber keine „kollektive Sicherheitsgemeinschaft“ rekrutieren, so ist deren „Zivilität“ in der Zukunft wahrscheinlich eine feste „legimatorische Grenze“ gesetzt (Brock et al. 1992: 164) .

These 2c: Die theoretische Bedenklichkeit der Anthropomorphisierung zeigt sich, wenn es um die Erklärung von normkonformen und normdivergierenden Verhalten geht.

Das ZM-Konzept geht, weil es den Staat erstmal als einheitlichen Akteur ansieht, davon aus, dass Normkonformität durch ein relativ festes Rollenverständnis hervorgerufen wird. Durch das Rollenkonzept werden zwar interne und externe Faktoren der Rollenkonstitution thematisiert, aber der interne Rekonstruktionsprozeß bestimmter Normen wird nicht reflektiert. In Anbetracht konfligierender Normen in den Fallstudien ist es m. E. aber für den Abschlußbericht und die theoretische Verortung entscheidend zu fragen, welche Norm ein Akteur wann präferiert. Das würde uns auch das Problem vom Halse schaffen, normativ festlegen zu müssen, welche Normen uns zentraler erscheinen als andere.

Interpretationsvorschlag 2:

Ein möglicher Anknüpfungspunkt für diese situative Interpretation normkonformen Handelns ergibt sich m. E. aus der neueren Forschung zur Normdurchsetzungsfähigkeit (Legro 1997). Plump gesagt verbindet dieser den „Bürokratieansatz“ mit einem „Kulturansatz“, indem er jene Normen für durchsetzungsfähig erklärt, und dies auch empirisch zeigt, die durch die „Organisationskultur“ einer wichtigen Bürokratie (z.B. Militär) gestützt wird. Natürlich gilt es auch hier, das Problem der Bürokratieforschung herauszufinden, welche Bürokratie wichtig ist, und warum sich diese durchsetzen kann, doch möglicherweise ergeben sich ja „bürokratische Auffälligkeiten“ (z.B. im USTR-Büro und in der Wirtschaftsfallstudie)? **(Organisationskultureller Ansatz)**

These 3: Die Anbindung an andere Forschungsstränge, die bisher nicht ins Gesichtsfeld des ZM-Ansatzes kamen, können die „schwache Brücke zum Konstruktivismus“ (partiell) ersetzen.

1) Die Ausarbeitung des Rollenkonzeptes der Zivilmacht wurde vor allem auf die Untersuchungen von Walker (1987), Holsti (1970) et al. gestützt. Dabei wurde bewußt außer acht gelassen (Maull/Kirste 1996: 5f), daß weitere *Rollenkonzepte für bestimmte Situationen*, z. B. Verhandlungssituationen, bereits erarbeitet worden waren (Sjöstedt 1993; Yukl 1989). In der empirischen Analyse festgestellte Rollenambivalenzen, z.B. der USA im Golfkrieg in bezug auf die multilaterale Legitimation durch die UN, hätten so möglicherweise verhindert werden können. Die neuere Multilateralismusforschung (Zartman 1994) unterscheidet sechs unterschiedliche Rollen im multilateralen Verhandlungskontext, die zur Verfeinerung des ZM-Rollenkonzeptes (hätten) dienen können, Zartman 1994a: 5:

Driver: „are leaders who try to organize the participants to produce an agreement that is consonant with the leaders interest“.

Conductor: „also called managers, also seek to produce an agreement but from an neutral position, with no interest ax of their own grind“.

Defenders: „are single-issue participants, concerned more with promoting their issue than with the overall success of the negotiation“.

Brakers: „Seek to block an agreement and protect their freedom of action, often with reference to a limited number of issues“.

Cruisers: „Are fillers, with no strong interest of their own, and so are available to act as followers“.

Meines Erachtens hätten mehrere dieser Rollenkonzepte bei der Reflektion der ZM-Rollen helfen und damit auch die Verbindung zur bestehenden Forschung herstellen können. Das Projekt hat eine solche Einbindung der eigenen Kategorien in die bestehende Forschung jedoch im Verlauf des Projektes weitgehend abgelehnt (Mauß/Kirste 1996: 6).

Wenn meine Annahme jedoch richtig ist, dann ist das Rollen-Verhalten der USA in den Fallstudien, vielleicht sogar seit dem II. Weltkrieg, mehr als „driver“ zu charakterisieren, denn als „institution-builder“. Die „Driver-Rolle“ schließt den Institution-builder nicht aus, aber er zeigt deutlicher die Interessen der Akteure. Hinter dieser Einsicht steckt mehr als es auf den ersten Blick scheint. Sie macht den Weg frei für die Verbindung des ZM-Ansatzes mit anderen Konzepten, insbesondere der „hegemonialen Stabilität“. Dies würde z. B. die unilateralen Alleingänge der USA neben ihrem multilateralen Engagement einfangen (Mauß/Kirste 1996: 22).

2) Bisher hat keine systematische Reflektion des Einflusses von Internationalen Organisationen und nationalen Institutionen auf das ZM-Konzept stattgefunden.¹⁶ Gerade weil der ZM-Ansatz über das Rollenkonzept aber normgerechtes Verhalten thematisiert, wäre eine Querschnittsdiskussion über das Verhalten der Zivilmächte gegenüber IOs und deren Agenten (z. B. Europäische Kommission, Europäisches Parlament; UN-Generalsekretär) und verschiedener nationaler Institutionen (BVerfG, Ministerien) angebracht gewesen. Wie bereits erwähnt, ist diese Tür, die der Projektantrag ja aufgestoßen hat (Projektantrag S. 3), nicht endgültig geschlossen.

Wenn Rollen auch jenseits individueller Präferenzordnungen zu finden sein sollten, dann sollten sie dann am wirksamsten sein, wenn ihnen institutionell definierte Regeln „(a) logic of appropriateness reflected in a structure of rules and conceptions of identities (March/Olsen 1994: 6)“ unterliegen. Ist das bundesdeutsche AP-Verhalten vielleicht deshalb deutlicher ZM-konform, weil ihm anders als den beiden anderen Akteuren die EU in ihrer Rolle als institutionelle Stütze dienen kann?

Das wäre dann eine klare Verbindung zu institutionalistischen Annahmen.¹⁷ Eine weitere und sehr interessante Überlegung, die m. E. die Forschung in diesem Bereich weiterbrächte, bezieht sich auf die Inhalte der Normen. Normen können nach ihrer Robustheit in den Feldern Dauerhaftigkeit, Spezifität und Konkordanz unterschieden werden (Legro 1997: 34). Eine mögliche alternative Erklärung für das von uns festgestellte unterschiedliche Normverhalten ist, daß je spezifischer die Norm und je dauerhafter, desto größer ist die Normkonformität bei Zivilmächten und bei anderen Staaten.

Diese alternative Erklärung ist uns jedoch methodisch versperrt, weil wir keine offensichtlichen nicht-ZMs testen (VR China). Dennoch können wir uns m. E. systematisch

¹⁶ Vgl. für eine Anwendung einer solchen Fragestellung z. B. Finnemore 1993.

¹⁷ Einen guten neueren Literaturüberblick bietet Finnemore 1996.

fragen, ob es Auffälligkeiten bei der Normkonformität bzw. Abweichung der Zms gibt, die schlüssig durch die Inhalte der Norm und nicht durch fehlende Rollenausprägung zustande gekommen sind. (**Normattribut-Ansatz**)

=> **These 1:** Je mehr ein AP-Akteur institutionell eingebunden ist, desto „zivilisierter“ ist sein Auftreten?

=> **These 2:** Multilateralismus als Norm wird oftmals deshalb gebrochen, weil die Norm nicht spezifisch genug ist. Genügt Multilateralität als Ergebnis oder muß auch Multilateralität während des gesamten Prozesses gegeben sein, um normkonform zu handeln? (Eine gegenläufige These könnte in diesem Zusammenhang lauten, daß persönliche Faktoren zwar die Implementierung einer Norm beeinflussen, deren Durchsetzung aber letztlich nicht verhindern können).

a) Multilateralismus als Norm wird oftmals gebrochen, weil sie bisher keine dauerhafte Norm ist i. S. eines dauerhaften internationalen Gebrauchs (fortdauernde bilaterale Handelsverträge).

b) Multilateralismus als Norm wird deshalb oftmals gebrochen, weil ihr die nötige Konkordanz fehlt (Zunahme des US-Unilateralismus, Verlust hegemonialer Stabilisierung).

Mögliche Fragen in diesem Zusammenhang an die Fallstudien wären: Warum vergeht sich Bonn an EU-Konsens bei der Anerkennung Kroatiens/Sloweniens und gegen die veröffentlichte Haltung der Mehrzahl des UN-SR sowie des Generalsekretärs? Welche Rolle spielt die EG-Kommission in der deutschen Außenhandelspolitik, welche Rolle das GATT-Sekretariat? Welche Rolle spielt die IAEA in der Nordkoreafrage? Welche Rolle spielt(e) das Bundesverfassungsgericht bei der Formulierung der bundesdeutschen EU-Politik?

=> **Interpretationsvorschlag 1:**

In vielen Fallstudien wird die Norm des Multilateralismus als Prozeß gebrochen. Beispiele sind die bilateralen Verhandlungen der USA mit der DPRK, der Handelsbilateralismus zwischen Japan und den USA, die Beugung des UN/EU-Multilateralismus durch die Kontaktgruppe, die bilateralen Verhandlungen der USA, der Bundesrepublik und anderer Staaten mit dem Irak kurz vor dem Ausbrechen des Golfkrieges.

Anhand der Innenpolitik-Analogie sollten daher Kriterien gefunden werden, wie lange und wie weitgehend Koalitionsrunden oder andere vorgeschaltete Entscheidungsgruppen multilaterale Entscheidungen präjudizieren dürfen. Welche Ausnahmen zur Regel sind zu welchem Zweck erlaubt? Diese Frage stellt sich vor allem deshalb, weil internationale Verhandlungsergebnisse aufgrund ihrer Exekutivlastigkeit einem immanenten Legitimitätsdefizit auf nationaler und internationaler Ebene unterliegen.

Die realistische Annahme, daß Staaten immer dann Normen in Anspruch nehmen, wenn es ihnen nützt, und verwerfen, wenn sie schaden oder sie die Fähigkeit dazu haben, greift hier offensichtlich zu kurz. Offensichtlich ist die Zustimmung anderer zur eigenen Politik der strategische Nutzen, den der Akteur durch Normkonformität erzielen will. Unter den Bedingungen des anarchischen Selbsthilfesystems wohl kaum ein Ziel staatlicher Politik?!

3. Thesen zum methodischen Vorgehen

3.1. Methodik und Integration

Die Berichterstattung über das methodische Vorgehen des Forschungsprojektes muß zwangsläufig grobschnittartig ausfallen. Ein einzelner ist hier wahrscheinlich noch mehr überfordert, als in den empirischen oder theoretischen Teilen des Projektes. Zumindest gilt dies für mich. Neben den Faktoren Differenzierung und Integration habe ich mich in diesem Teil vor allem mit der Systematik des Projektes beschäftigt.

These 1: Die vergleichende Ausrichtung des Zivilmachtsansatzes ist ambivalent zu bewerten.

Sie ist einerseits ein methodisches Relikt aus der ersten Generation der AP-Forschung, denn sie geht auf viele regionale und kulturelle Spezifika nur ungenügend beim Projektdesign, i. e. der Hypothesenbildung ein:

- 1) schwache institutionelle Einbindung Japans im asiatisch-pazifischen Raum (Katzenstein 1996a: 521, FN 58);
- 2) unterschiedliche Vergangenheitsbewältigung;
- 3) unterschiedliche Arten des Pazifismus, bzw. Anti-Militarismus in D und J.

Andererseits ist die Verknüpfung von quantitativer Forschung (Inhaltsanalyse) und qualitativer Fallstudienanalyse als methodisch progressiv zu bewerten. Statistisch signifikante Ergebnisse werden in detaillierten Fallstudien auf ihre Erklärungskraft hin untersucht (Iteratives Research Design“ von Russett 1970), denn Einzelfallstudienanalyse mag signifikante Kausalitätsbezüge für Einzelfälle herstellen, jedoch nicht hinreichende Belege für eine generalisierende These (George 1979: 46; George/McKeown 1985).

3.2. Methodik und Analyseebenenproblem

These 2: Das Projekt leidet unter einer inkohärenten Fragestellung, die sich auch im Fallstudiendesign niederschlägt. Diffuse Ergebnisse sind die Folge.

Nie wurde die von Singer erkannte Problematik der unterschiedlichen Analyseebenen befriedigend geklärt: Die entscheidende Frage lautet hier m. E.: *Ist das Zivilmachtsprojekt eine vergleichende Außenpolitikanalyse (outcomes) oder eine vergleichende Dyadenanalyse (bilaterale Beziehungen= konfrontativ oder kooperativ, symmetrisch vs asymmetrisch interdependent)?*¹⁸

Im Forschungsdesign wird diese Frage nicht eindeutig geklärt, jedoch eher zugunsten einer Dyadenanalyse ausgerichtet (Projektziel 1, 3 dagegen stehen Projektziel 5, 6, 7a, die eher auf Zivilmacht als einzelstaatliches Außenpolitikprofil abtesten sollen). Es werden Zivilmachtstypologien für außenpolitische Rollenerwartungen (Rhetorik) entwickelt, die jedoch nicht zur Dyadenbeschreibung/erklärung dienen können.

Eine Frage, die in diesem Zusammenhang gestellt werden sollte, ist: Nehmen wir einfach an, daß je mehr „collective actor“ Nennungen oder Verhalten wir finden, desto kooperativer sei die Dyade und wenn die Dyade kooperativ ist, ist sie dann gleichzeitig auch gestaltungsfähig(er)?

¹⁸ Dazu vgl. bereits Feske 1994: 3-5; Harnisch 1995: 1.

Diese Annahmen sind meines Wissens nirgendwo expliziert, und falls sie dies wären, dann wären sie inhaltlich wohl auch problematisch. Gestaltungsfähig wurde die USA zum Beispiel in der Nuklearfallstudie, indem sie die südkoreanische Regierung im Juli/August 1994 einfach unter Druck setzte, bzw. ignorierte und die Regeln des NV-Vertrages aussetzte.

„We may utilize one level here and another there, but we cannot afford to shift our orientation in the midst of a study. And when we do in fact make an original selection or replace one with another at appropriate times, we must do so with a full awareness of the descriptive explanatory, and predictive implications of such choice (Singer 1969: 28)“.

Aus diesen u. a. methodischen Schwächen ergeben sich m. E. folgende Probleme für die resultierenden Ergebnisse:

1. Das Kategorienschema wurde zum Vergleich von außenpolitischen „Profilen“, nicht von bilateralen Beziehungen angefertigt. Zwischen bestimmten „Profilen“ und bestimmten Dyadenkonstellationen wurde aber a priori kein Zusammenhang hergestellt.

Je mehr Zivilmacht => desto kooperativer die Dyade => desto gestaltungsfähiger die Akteure

Deshalb können wir weder über die Beziehung zwischen ZM-Charakter und Dyadencharakter, noch über die Beziehung zwischen Dyadencharakter und Gestaltungsfähigkeit eine auf die Überprüfung von a priori formulierten Hypothesen gegründete Aussage treffen. Wir vermuten positive Zusammenhänge (Hypothese 7b), aber wie das genau mit den Rollenprofilen, dem Politikfeld u.a. Variablen zusammenhängt, haben wir m. E. nicht systematisch untersucht. Im Zwischenbericht heißt es dazu bereits:

„Die Grundannahme ... teilweise relativiert. ... die Ergebnisse suggerieren indes nicht generell, daß die idealtypischen VerhaltensmusterGestaltungschancen begünstigen... Chancen für erfolgreiches Zivilmächtsverhalten erwiesen sich in den untersuchten Politikfeldern unterschiedlich hoch“ (Maul/Kirste 1996: 22)

Kurz, wir haben m. E. versucht, mit einem beschreibenden Ansatz zur Außenpolitikforschung (ZM + Rollentheorie) Dyaden zu erklären. Das konnte nicht klappen. Das Ergebnis unserer Vergleiche bleibt deshalb sowohl auf jeder einzelnen Analyseebene, als auch zwischen beiden diffus. Die untersuchten Staaten zeigen i. d. R. ein ambivalentes Zivilmächtsverhalten, mangelnde Internalisierung ist da nur eine, und m. E. auch nicht sehr weitreichende Erklärungsmöglichkeit.

Beispiel: Sollten wir auf das Ergebnis stossen, daß Japan in der Sicherheitspolitik nicht gegen die USA opponiert, im Bereich der Wirtschaftsbeziehungen aber sehr wohl, dann fällt Innenpolitik als Erklärungsfaktor weg, es sei denn, es gibt keinen durchgängigen japanischen Anti-Amerikanismus, sondern eine differenzierte Befürwortung amerikanischer Hegemonie in der SP und deren Ablehnung in der WP. Das ist möglich. Wahrscheinlicher scheint m. E. jedoch ein Zusammenspiel von inneren (Pazifismus) und äußeren Faktoren (amerikanische militärische Präponderanz).

Die Analyse von Rollenverhalten in zwei so unterschiedlichen Beziehungsmustern wie Wirtschafts- und Sicherheitsbeziehungen zwischen Japan und USA verlangt m. E. *eine differenzierte aber erweiterte Berücksichtigung des Faktors Macht, als interner Fähigkeit zur Rekrutierung von Gefolgschaft (Legitimität) und externer Fähigkeit zur Durchsetzung von*

Interessen. In den Wirtschaftsbeziehungen hat (glaubt) die japanische Regierung zunehmend, zumal in Wahljahren, diese Macht (zu haben). In den Sicherheitsbeziehungen hat sie diese nicht, und sie braucht sie möglicherweise auch nicht, weil ihre Sicherheitsinteressen mit denen der USA nachwievor in den meisten Fällen konvergieren.

Analyseebenenproblem und Macht

Interpretationsvorschlag 1:

Die Rollenkonformität erscheint in der US-Japan-Dyade stark politikfeldabhängig zu sein. Eine sinnvolle Erklärung erscheint mir, daß krasse Machtasymmetrien in den verschiedenen Politikfeldern das Verhalten Japans fluktuieren lassen. ZM-Internalisierung dürfte in diesem Zusammenhang eigentlich nichts sein, was ein Staat so leicht an der handelspolitischen Garderobe abgeben kann. Andere normbezogene Erklärungsansätze wären die bereits erwähnten Normattribut und organisationskulturellen Ansätze.

Interpretationsvorschlag 2:

Folgt man dieser Ratio, dann müßte das ZM-Verhalten der Bundesrepublik in der Dyade zur USA am einheitlichsten sein, weil machtpolitische Asymmetrien der BR gegenüber der USA in der WP als auch in der SP durch die Integration in die EU gelindert werden.

Interpretationsvorschlag 3:

Da es sich im Bereich Sicherheit primär um regionale Beziehungen (die Jugoslawien-Fallstudie ist regionaler als die Nordkorea-Fallstudie, weil der globalisierende Effekt der Proliferation in der Nordkoreafallstudie nur ungenügend durch den islamischen Effekt in der Jugoslawien-Fallstudie wettgemacht wird), im Bereich der Wirtschaft aber um eine globale Beziehungsstruktur handelt, kann von beiden Partner der USA (Japan und Bundesrepublik bzw. EU) im regionalen Kontext ein kooperativeres Verhalten mit den USA erwartet werden als im globalen Kontext. Generell müßte also für diese Dyadenanalyse gelten:

=> Hypothese 1:

Je globaler der Kontext, desto konfliktreicher die Dyade mit der USA, weil die Mittelmächte Japan und Bundesrepublik mehr potentielle Partner zur Ausbalancierung amerikanischer Forderungen haben.

=> Hypothese 2:

Je regionaler der Kontext, desto kooperativer die Dyade mit der USA, weil die Mittelmächte Japan und Bundesrepublik durch akkommodierende Politik mehr Einfluß geltend machen können als durch Verweigerung.

3.3. Beschreibung, Erklärung und Prognose

Ein weiteres grundlegendes methodisches Problem des Projektes ist das Fehlen der Frage nach den Motiven für Zivilmachtsverhalten. Am Ende des Projektes wissen wir (unter den oben erwähnten Einschränkungen), inwiefern die BR - J- USA sich als idealtypische Zivilmächte verhalten haben. Aber wir wissen nicht, ob sie sich nur so verhalten haben, also

möglicherweise gar keine Zivilmächte im Sinne von Zivilisierten sind, und wir wissen auch nicht, warum sie sich als ZMs verhalten haben, als Zivilisierende oder Zivilisierte.

Das Problem scheint mir darin zu bestehen, daß im Projekt niemals expliziert wird, wie Zivilmächte entstehen. Harnisch 1995 versuchte zu zeigen, daß der Elias'sche Zivilisierungsprozeß für das Projekt zu Unrecht in Beschlag genommen wurde, da dieser von einem universalen Zivilisierungsprozeß ausgeht. Stattdessen seien Zivilmächte hegemonial sozialisierte Mittelmächte - also vornehmlich Produkt bilateraler Erziehung - als systemisch zivilisierte aufgrund eines Prozesses der universalen Internalisierung bestimmter Werte.

Da jedoch der Anspruch nie erhoben wurde, eine Genese von Zivilmacht zu erstellen, wurde im Projektdesign auch kein Staat ohne die besondere erzieherische Beziehung zu den USA getestet (z.B. Frankreich, Schweden, Niederlande).

=> Folgerung 1:

Schon durch das Fallstudiendesign kann Zivilmacht also ein bloß in der Beziehung zu den USA oder in den Beziehungen unter Beteiligung der USA auftretendes, mithin dyadenspezifisches Phänomen sein.

Zivilmacht muß deshalb noch nicht ein in allen anderen bilateralen Beziehungen der Zivilmächte Japan und Deutschland (Japanisch-Russische Föderation;¹⁹ Japan-Südkorea; Japan VR China; BR-Polen, BR-China, BR-Rußland) auftauchendes oder gar ein universales Phänomen sein.

=> Folgerung 2:

Die Vermengung von Außenpolitikanalyse und Dyadenanalyse hemmt m. E. daher das eindeutige Testen von Hypothesen zum Zivilmächtscharakter von Außenpolitik im Gegensatz zur Dyade, also internationaler Politik. Unglücklicherweise ist das Kategorienschema aber für die Außenpolitikanalyse und nicht die Dyadenanalyse entworfen worden. Ein Zitat aus der Vorurteilsforschung kann vielleicht verdeutlichen, was ich meine:

„Manches spricht nun dafür, daß dabei das Selbstbild im Verhältnis zu verschiedenen Völkern zwar einen identischen Kern aufweist, im übrigen aber durchaus einer Umzentrierung fähig und bedürftig ist; derart nämlich, daß man jeweils diejenigen Eigenschaften hervorhebt, mit denen man bei der Konfrontation mit einem anderen Volk relativ gut abschneidet. Der Deutsche, der gegenüber den Völkern östlicher Herkunft seine 'Kultiviertheit' und die Fähigkeit zur rationalen Planung - auch der eigenen Existenz - betonen mag, rekuriert gegenüber dem 'esprit' und der Lebenskunst der Franzosen auf sein bieder-mänisches Wesen und vor allem sein Ordnungsstreben, seinen Fleiß und seine Sauberkeit. Mit diesen Vergleichspunkten würde er aber gegenüber den Amerikanern wenig gewinnen, denn die Amerikaner sind bzw. erscheinen ihrerseits betriebsam, organisationsbegabt und 'hygienisch'. Darum wird man dazu neigen, den Schwerpunkt jetzt auf deutsche 'Tiefe', das deutsche Gemüt zu verlagern, die sich der amerikanischen Oberflächlichkeit und bloßen Orientierung an der

¹⁹ M. E. kann mit Recht die von Markus Tidten formulierte Position vertreten werden, daß die nicht-existente japanische Rußlandpolitik weniger auf das Kurilenproblem als vielmehr auf den Primat der Wirtschaftspolitik in der japanischen Außenpolitik zurückgeführt werden kann, vgl. Tidten 1997: 14, passim.

‘Praxis’ entgegenhalten läßt. Diese deutsche Tiefe, die Innerlichkeit und Herzenskultur meint, soll jetzt das sein, was ‘deutsches’ Wesen vom bloßen Zivilisatorischen als dem Profanen, auf’s ‘Materielle’ gerichteten unterscheidet. Die Amerikaner erscheinen im übertragenen Sinn als von Europa dennoch abhängig, mögen sie auch als Sieger eingezogen sein, ähnlich wie es die Römer vom Hellenismus waren: „Was die drüben an Kultur leisten, ist bloß gepachtet“ heißt es einmal. Den Vorwurf mangelnder Originalität macht man dagegen den Franzosen niemals (Oehler 1958: 253)“.

Zwar ist das Verhältnis der USA zu beiden Zivilmächten ubiquitär, d. h. es erstreckt sich auf fast alle Beziehungen der Zivilmächte zu anderen Staaten, doch dürfte es auch hier Unterschiede geben. Die Beziehung der Bundesrepublik zu Frankreich, Polen, dem Iran oder China wird sicherlich unterschiedlich stark durch die Verhaltenserwartungen der USA oder der eigenen Bevölkerung geprägt.

An die Frage, wie Zivilmächte entstehen, schließt sich die Frage an, warum sich Zivilmächte wie Zivilmächte verhalten. Die Frage nach den Motiven für ZM-Verhalten ist aber weder explizit noch systematisch implizit im Projekt verfolgt worden.

Die Fallstudien hätten in diesem Zusammenhang z. B. zeigen können, daß sich ZMs aus machtpolitischen, moralischen, bürokratischen, gesellschaftlichen, institutionellen, systemischen Zwängen und Interessen so verhalten, wie sie sich verhalten. Das Projektdesign sieht aber neben der Rolle keine alternativen Erklärungsvariablen vor. Warum Zivilmächte wie Zivilmächte handeln, ob aus internen/externen Rollenerwartungen oder aus anderen Gründen wissen wir am Ende leider nicht. Damit gibt sich das Projekt eine Blöße, die mehrere Gutachter bereits entdeckt und genutzt haben.

=> Folgerung 3:

Möglicherweise werden in unserem Projekt Scheinzusammenhänge zwischen Rollenerwartungen und Zivilmacht hergestellt, da andere Erklärungen für ZM-Verhalten gar nicht erst bemüht werden. Deshalb muß der theoretische und praktische Anspruch der Fallstudien vor dem Hintergrund der dargelegten Mängel neu evaluiert werden.

=> Vorschlag 1:

Methodisch sollte anhand des „structured focussed comparison-Ansatzes“ von George (1979: 54ff.) eine Neubestimmung des theoretischen Wertes der Fallstudien vorgenommen werden. Dies entspricht zwar nicht dem Idealverfahren, welches vorsieht, daß das Fallstudiendesign vorab festzulegen ist. Doch läßt sich dann auf signifikante Ergebnisse von „heuristischen und plausibilitätserprobenden Fallstudien (Eckstein 1975)“ hoffen. Das Kind ist bereits zum Brunnen gegangen, jetzt kommt es darauf an, daß es nicht springt!

Als Ergebnis würde es dann keinen Test, keine „crucial case study“ des ZM-Konzepts geben. Das ZM-Konzept sollte vielmehr (weiterhin) als typologische Theorie - zu unterscheiden von der generellen Theorie - gesehen werden, die eine Reihe spezifischer Aussagen für eine genau eingegrenzte Gruppe von Staaten (hochindustrialisierte Demokratien in starken Interdependenzgeflechten mit besonderen historischen Erfahrungen in Beziehungen untereinander und in Konflikten mit Dritten etc) macht (George 1979: 59).

Ergebnisse müßten dann unter der Prämisse formuliert werden, daß ZM-Verhalten unter diesen und jenen Umständen wahrscheinlicher ist, weil... und nicht versuchen zu erheben, wie oft und ob in jedem Fall ZM-Verhalten zu erwarten ist. (Fall-Argumentation vs. Wenn-dann-Argumentation).

Aus der methodischen Schwäche, daß einmal ZM-Außenpolitik und einmal ZM-bilaterale Beziehungen untersucht wurden, ohne daß hinreichende Vergleichskriterien bzw. Verbindungen aufgestellt wurden, ließe sich die bilaterale Fallstudie (Wirtschaftsbeziehungen), als „Kontrollfallstudie“ für die anderen ZM-Fallstudien deklarieren. Kontrollfallstudie aus zwei Erwägungen:

- 1) Wirtschaftliche Zusammenhänge sind Heimspiele für ZMs. Wenn sie hier kein ZM-Verhalten zeigen, ist das erklärungsbedürftig.
- 2) Wenn ZMs gegenüber anderen ZMs kein ZM-Verhalten zeigen, dann ist es unwahrscheinlich, daß sie dies gegenüber offensichtlichen Militärmächten tun.

Die Ergebnisse der bilateralen Studie könnten somit als Korrektiv für jene Fallstudien fungieren, die das ZM-Verhalten gegenüber Dritten oder unter Beteiligung von Dritten (z. B. Institutionen) untersuchen. Damit ist aber das Problem der Beteiligung der USA an allen Fallstudien noch nicht gelöst!!

3.4. *Thesen*

These 1: Einer der wichtigen Tests für das methodisch und theoretisch saubere Vorgehen des ZM-Konzepts wird die theoretische Herleitung des Kategorienschemas sein.

In diesem Zusammenhang sollten die Probleme, die Holsti 1969 für die Inhaltsanalyse identifizierte, ernstgenommen und in den Endbericht eingearbeitet werden. Holsti 1969 erklärte, daß Inhaltsanalysen zu tautologischen Argumentationen neigen, wenn die Indikatoren nicht aus einem theoretischen Konzept, sondern aus einem Preview, einem „sample“ abgeleitet würden. Dadurch würden alternative Kategorien nicht berücksichtigt (bei ZM durch Gegenkategorien gelindert). Auch sollte explizit darauf hingewiesen werden, daß durch die Fallstudien abgetestet wird, ob bestimmte politische Aussagen nur als „impression management (Tetlock 1985)“ oder als „a posteriori rationalizations (de Sola Pool 1959)“ dienen. In diesem Zusammenhang sollten wir noch einmal über eine erstaunliche Koinzidenz im ZM-Projekt nachdenken. Quantitativ finden wir in den Quellenpaketen genau zu jenem Zeitpunkt eine Häufung von ZM-Kategorien, zu dem das ZM-Konzept und später auch das Kategorienschema entstanden ist (1989/1990). Waren wir bei der Ausarbeitung vollkommen frei von der damaligen außenpolitischen Rhetorik? Oder haben wir die offizielle Rhetorik der Bundesregierung, die wir als ZM ansahen, als Grundlage unseres Kategorienschemas mitverwendet, so daß Zivilmacht wurde, was Zivilmacht war?

These 4: Die „wackelige Erklärungsfähigkeit“ des Zivilmächtskonzepts erlaubt kaum präskriptive Aussagen,²⁰ weil die Anzahl und die Auswahl der Fallstudien:

- a) nur eine wenige Aussagen darüber zulassen, warum die drei Staaten sich als ZMs oder ambivalente Zms verhalten haben und
- b) keine hinreichend generalisierten Kriterien/Hypothesen aufstellten, anhand derer die Beziehungen zwischen Zivilmächtscharakter => Dyadenkonstellation => Gestaltungsfähigkeit bzw. die Effizienz oder Güte eines Zivilmächtsverhaltens in einer militärischen Auseinandersetzung, einer internationalen Krise, einem Handelskonflikt etc. bewertet werden könnten.²¹ M. A. W. aus der Analyse des Verhaltens in der Jugoslawienkrise lassen sich zwar Lehren ziehen für andere Interventionen, z. B. einem

²⁰ Vgl. zum politikberatenden Anspruch des ZM-Projektes zuletzt Maull/Kirste 1996: 2.

²¹ Vgl. in diesem Zusammenhang z. B. die kritische Würdigung der Applikabilität der Abschreckungstheorie: George/Smoke 1974: 503-518.

Bürgerkrieg in Weißrußland, aber diese könnten sich m. E. nicht auf das ZM-Konzept stützen (Hypothese 7b)

4. Thesen zur Erklärungsfähigkeit

4.1. *Eingeschränkte Erklärungsfähigkeit*

Jeder Ansatz in den internationalen Beziehungen sollte letztlich daran gemessen werden, wieviel erklärt und nicht wieviel er beschreiben kann. Der Wille zur Prognose, gleichsam die Kür der Theoriebildung, scheint nach dem Versagen der Großtheorien, die vorgeben, das Ende des Ost-West-Konfliktes erkannt zu haben, weiter im Rückzug begriffen. Für den Zivilmachtsansatz kommt erschwerend hinzu, daß er als Ansatz mittlerer Reichweite weniger Strukturen und dafür mehr Ideen, Werte und politische Prozesse im Blick hat.²² Der ZM-Ansatz, wie viele andere Ansätze, hat m. E. nur regionale Erklärungskraft, da er bisher nur für Staaten der OECD-Welt konzipiert wurde (Kirste/Maull 1996: 286, 288). Insofern geht er zunächst einmal nicht sehr viel weiter als „Power and Interdependence“, der ja schon die Unterschiede zwischen strategischem und kommunikativem Handeln in der Außenpolitik in unterschiedlichen Kontexten hervorhob. Damit wird aber der globale Charakter des Elias'schen Zivilisierungsprozesses in Frage gestellt.

4.2. *Rationalität und Normgebundenheit*

Einer der zentralen Kritikpunkte des ZM-Ansatzes an den bestehenden Theorien der IB ist es, daß diese wichtige Anomalien im außenpolitischen Verhalten Japans und der Bundesrepublik gar nicht oder fehlerhaft erklären (NV-Treue, weitere Beispiele bei Kirste/Maull 1996: 307f; Katzenstein 1996a: 517, FN 46). Unter neorealistischen Prämissen irrationales oder dysfunktionales Verhalten wird deshalb im ZM-Projekt „rational“, weil es durch die Interpretation des kulturellen/normgebundenen Umfelds (alter-ego part der Rolle) erklärbar gemacht wird. Die kulturelle Perspektive bedingt dabei jedoch, anders als die systemischen Ansätze, daß nicht ein Wert-Standard gesetzt wird (Überleben, Senkung der Transaktionskosten für Handel), an dem alle Entscheidungen gemessen werden (Zweckrationalität), sondern das zunächst einmal außenpolitisches Verhalten aus der spezifischen Kultur heraus als erklärbar und rational interpretiert wird (Wertrationalität, vgl. Kirste/Maull 1996: 285f).

Der ZM-Ansatz, wie jeder andere kulturelle Ansatz, entfaltet deshalb dort am meisten Erklärungskraft, wo der kulturelle Horizont der Entscheidung klar und eindeutig umrissen ist. Ansonsten wird nahezu jedes Verhalten innerhalb des kulturellen Erklärungszusammenhangs „rational“ und die Frage, wann kulturelle Faktoren einen Effekt haben, irrelevant.

In diesem Zusammenhang steht auch unser Projekt vor dem Zielkonflikt der bundesdeutschen Politikwissenschaft, einerseits dem Erhalt der Demokratie dienen zu wollen, aber andererseits nicht ihren „wissenschaftlichen Anspruch“ zu Markte führen zu können. Dieser Konflikt sollte m. E. nicht dahingehend aufgelöst werden, daß alles, was „gut“ ist, auch „rational“ in Sinne der Zivilmacht sein muß.

²² Vgl. zur Prognosefähigkeit von Ansätzen mittlerer Reichweite Goldmann 1996: 412.

4.3. Thesen

These 1: Die Zivilmächte Japan und Deutschland sollten weniger als „zivilisierte Macht“, sondern als hegemonial sozialisierte Mittelmächte verstanden werden (Harnisch 1995; Neack 1995: 224-227; Katzenstein 1996a: 529).

Zweifelsohne lassen sich Veränderungen bzw. Auffälligkeiten in der Außenpolitik beider Staaten nachweisen. Fraglich erscheint mir jedoch, ob diese Auffälligkeiten auf einen globalen, regionalen oder sogar bilateralen Zusammenhang zurückzuführen sind. Warum sind einige Staaten resistenter (USA, Frankreich, GB) gegenüber der Zivilisierung als andere? Auch im Abschlußbericht sollten wir weiterhin davon ausgehen, bzw. betonen, daß eine weltweite Zivilisierung zwar möglich sei, aber noch nicht vorhanden, nicht wahrscheinlich oder möglicherweise gar nicht wünschenswert sei (Rittberger et al. 1997: 19f; Elias 1985: 112). Der unterschiedliche Grad der Internalisierung von „ZM-Normen/Verhalten“ sollte darauf zurückgeführt werden, daß zwar kulturelle Faktoren die Identität eines Staates und damit seine Interessen verändern können. Das aber auch weiterhin eine Veränderung der Interessen ohne die Veränderung der Identität möglich bleibt, zivilmachtskonformes Verhalten also nicht zwangsläufig auf eine „Zivilmachtsidentität“ schließen läßt.²³

These 2: Die These von Innengeleitetheit der bürgerlichen Gesellschaft, die dem Elias'schen Zivilisationskonzept zugrundeliegt, ist aufgrund der gesellschaftlichen Entwicklung der letzten zwanzig Jahre fragwürdiger geworden. Das betrifft das ZM-Projekt auch insofern, als daß die Kritik an Elias Aufschlüsse über die von uns festgestellten Ambivalenzen geben könnte.

Hier können m. E. zwei Argumentationsstränge unterschieden werden, ein allgemeiner und ein deutschlandbezogener

- a) In der Jugendforschung hat sich in den letzten Jahren die These durchgesetzt, daß es einen Trend hin zu narzißistischen Charakterstrukturen gibt. Der neue Sozialisationstypus wird durch eine Schwäche des Überichs, Selbstbezogenheit und Subjektivismus gekennzeichnet (Ziehe 1975). David Riesman hat 1958 ein ähnliches Phänomen für die moderne Gesellschaft, die Nachfolgerin der bürgerlichen Gesellschaft festgestellt (Reisman 1958). Er unterscheidet den innengeleiteten Charaktertypus der bürgerlichen Gesellschaft, der grundlegende Normen und Werte in der Kindheit verinnerlicht. Für den außengeleiteten Typus der modernen Industriegesellschaft ist charakteristisch, daß er stark nach sozialer Anerkennung strebt und von Konsensdenken beherrscht wird. Sein Verhältnis zur Gesellschaft wird nicht durch eigene Interessen, Wünsche und Überzeugungen, sondern durch die Anforderungen und Erwartungen anderer bestimmt. Gleichsam wertentleert orientiert er sich ständig an seinen Mitmenschen und an Informationen aus Massenmedien. Auch wenn die Übertragung dieser Gesellschaftstypen auf die außenpolitischen Rollen von Staaten fragwürdig ist - ebenso wie die gesamte Anthropomorphisierung - so sollte doch die Frage gestellt werden, ob es sich bei Zivilmacht um ein bürgerliches Konzept internalisierter Normen und Werte oder ein (post)modernes Verhaltensmuster, ein durch „peer pressure“ erzeugtes - möglicherweise überkompensatorisches - Verhaltensmuster, handelt. Zumindest die Fallstudie Jugoslawien und die ständigen Bekundungen der Bundesregierung, man dürfe

²³ In diesem Sinne wohl Hacke 1996: 10; Vgl. zur Differenzierung Katzenstein 1996a: 508.

nicht nur französisches Blut vergießen, dürften einen tiefen Eindruck auf „die deutsche Öffentlichkeit“ hinterlassen haben.

Theoretisch gesprochen hieße dies, daß wir sehr wohl mit Elias' Herausbildung der bürgerlichen Staatlichkeit beginnen könnten, uns dann jedoch verabschieden würden, um zu einem erklärungsreicheren Konzept zu gelangen. Phasenkomplementarität sollte in diesem nicht Ergebniskomplementarität bedeuten.

- b) Mit Jürgen Habermas läßt sich argumentieren, daß erst der II. Weltkrieg und der Holocaust einen universalistischen Wertekonsens in der westdeutschen Gesellschaft fest verankert haben (McAdams 1997: 302). Dies kann für die DDR und ihre Bürger mit dem verordneten Antifaschismus jedoch so nicht gelten. Im Gegenteil: Die mangelnde Aufarbeitung des Nationalsozialismus in der DDR läßt die DDR-Bürger als „Opfer der Geschichte (der Spaltung Deutschlands) und weniger als deren Täter erscheinen“ (Kocka und Gloanec zitiert nach McAdams 1997: 305). Das Vereinigungsverfahren nach Art. 23, daß einen Beitritt aufgrund der deutschen Staatszugehörigkeit und nicht nach Art. 146, welcher eine freie, demokratisch selbstbestimmte Vereinigung proklamiert, vorsieht, verdeutlicht nochmals die partikulare vs. die universalistische Prägung der deutschen Vereinigung. Im Zuge der Vereinigung haben eine ganze Reihe bekannter Historiker und Politikwissenschaftler (Winkler, Kocka, Thies) deshalb die „Weltoffenheit“ der ostdeutschen und damit auch der vereint-deutschen politischen Kultur in Zweifel gezogen (McAdams 1997: 306). Ganz gleich welche Auswirkungen die Inkorporation der ostdeutschen politischen Kultur hat, ihre Auswirkungen auf die „neue deutsche Außenpolitik“ scheint mir auch in unserem Projekt unterbelichtet zu sein.²⁴

²⁴ Für den Wandel der (innen)politischen Kultur vgl. z. B. Pollack 1997; Blank 1997.

5. Fazit

Meines Erachtens hat das Zivilmächte-Projekt bereits jetzt einen wichtigen Beitrag zur Außenpolitikforschung geleistet. Gemessen an den Kriterien von King/Keohane/Verba - gesellschaftlich relevante Fragen und spezifischer Beitrag zur politikwissenschaftlichen Forschung - kann sich das Projekt auf jeden Fall sehen lassen. Es gibt nur wenige, wenn überhaupt, gute Fallstudien zur deutschen und japanischen Außenpolitik nach 1989. Das Projekt hat unsere (meine) Grunderwartung, daß die Veränderung des internationalen Systems nach 1989 keine signifikante Veränderung der Außenpolitik Japans und Deutschlands mit sich bringen würde, bestätigt. Deutschland und Japan waren keine Klienten-Staaten in einem anarchischen internationalen System vor 1989, deshalb sind sie auch keine aufstrebenden Hegemone nach 1989 (Kirste/Maull 1996: 286). Was die Kontinuität *nicht* verursacht hat, wissen wir also mit einiger Sicherheit. Das ist einerseits beruhigend, andererseits aber auch nicht sonderlich befriedigend.

Meines Erachtens hat das Projekt auch gezeigt, daß die Frage nach der richtigen Methode nicht immer die entscheidende Frage sein muß. Es kommt darauf an, Methoden sauber anzuwenden, wie schwierig das ist, hat, so glaube ich, die Inhaltsanalyse + Kategorienschema gezeigt. Fruchtbar und sinnvoll erschien die Verbindung von quantitativen und qualitativen Verfahren, wenngleich Statistiken ohne qualitative Analyse nichts, qualitative Analyse ohne Statistiken jedoch einiges zu sein scheint. Als methodisch außerordentlich problematisch hat sich m. E. die fehlende Aufarbeitung alternativer Erklärung für das jeweilige Verhalten ausgewirkt. Zwar sind Gegenkategorien gebildet worden, aber wirkliche Kontrollvariablen (externe Dyade, externer Staat etc.) sind nicht eingeführt worden. Das mindert nicht die Qualität der Fallstudien an sich, jedoch ihre Aussagekraft für das ZM-Konzept, dessen theoretische Einordnung und vor allem dessen Prognosefähigkeit.

Mißt man das Projekt an seiner Differenzierungs- und Integrationsfähigkeit innerhalb der Außenpolitik, so kommen wir m. E. nicht umhin einzugestehen, daß das Projekt mehr als Ergänzung zur bestehenden Forschung, denn als theoretischer Neuaufbruch verstanden werden sollte. Trotzdem lassen sich auch jetzt noch die theoretischen Grenzen des Zivilmachtsansatzes weiter zurückdrängen. Das Stichwort scheint mir hier Komplementarität zu sein. Es kann nicht darum gehen, systemische Ansätze zu widerlegen. Es sollte m. E. darum gehen aufzuzeigen, warum Japan und Deutschland, anders als erwartet, auf strukturelle Veränderungen reagierten (Berger 1996: 319). Welche Verbesserungsmöglichkeiten, welche Einbettungsmöglichkeiten gibt es noch kurz vor Abschluß des Projektes, und welche Lehren könnten aus dem Verlauf und den Ergebnissen des Projektes für zukünftige Projekte gezogen werden:

5.1. Verbesserungen

- Wenn eine Einbindung in die bestehende Theoriedebatte im Abschlußbericht versucht werden soll, dann erscheint dies (mit den angegebenen Einschränkungen) auf dem Feld des Neoinstitutionalismus, der Rollentheorie und der sozialkonstruktivistischen Ansätze zum „demokratischen Frieden“ am sinnvollsten. Das deutet schon daraufhin, daß wir den Dyadencharakter unserer Untersuchung (zur methodischen Problematik in diesem Bereich später) so niedrig wie möglich hängen sollten. Stattdessen sollte die wichtige Funktion von Rollenerwartungen allgemein (peer-pressure) oder von kristallisierten Rollenerwartungen (durch Institutionen/Normen/Regeln) betont werden.
- Die Entscheidung über theoretische Anknüpfungspunkte sollte m. E. auch reflektieren, daß wir es bei den Neoinstitutionalisten und den Sozialkonstruktivisten zwar mit zwei Strängen der liberalen Schule der IB zu tun haben, diese aber unterschiedlich ansetzen. Während die

Neoinstitutionalisten das externe Umfeld (Institutionen) von Außenpolitik als prägend interpretieren - Anreize für Kooperation durch Kostensenkung etc. - wenden sich viele SozialkonstruktivistInnen eher dem internen Umfeld von Außenpolitik zu (ebenso Maull/Kirste 1996: 5). Dort, wo Institutionen und auch Zivilmächte mit intern „völlig anders konstruierten Staaten“ konfrontiert werden, z. B. nationalistischen Regimen, die die „Logik des Regimes“ (Effizienz, Legitimität) verwerfen, greifen Sozialkonstruktivisten mit ihren Erklärungen deshalb besser. Sie können erklären, warum ein Herr Milosevic oder Kim Il Sung nicht auf Anreize, Kooperation im herkömmlichen Sinne reagiert. Der Neo-Institutionalismus kann vor allem die Beziehungen zwischen Staaten erklären, die intern gleich konstruiert sind und deshalb auf die gleichen Anreize positiv reagieren. Die Sozialkonstruktivisten können auch vollkommen unterschiedlich konstruierte Staaten betrachten und deren Verhalten erklären.

- Um diesem Problem (Neoinstitutionalismus vs. Sozialkonstruktivismus), den unterschiedlichen empirischen Befunden und dem Dyadenproblem besser Herr werden zu können, sollten wir m. E. in unserem Abschlußbericht einen engeren Begriff als den der Rolle verwenden. Kurz, es gibt Ähnlichkeiten zwischen der Bundesrepublik und Japan, aber die mangelnde Differenziertheit der Rolle (Rollenbündel, welche Kategorien sind zentral, welche nicht?) und die deutlichen Unterschiede bei Rollenerwartung/verhalten beider Akteure rechtfertigt es, so glaube ich, den Rollenansatz so zu kritisieren, daß wir ihn danach verwerfen können. Der Idealtypus als Vergleichsinstrument (Kirste/Maull 1996: 284) hat m. E. seine Schuldigkeit getan. Stattdessen sollten wir vielleicht auf den von Berger eingebrachten Begriff der außenpolitischen „Identität“ zurückgreifen, der die Unterschiede zwischen beiden Staaten zwar betont, aber durch die alter-ego-Konstitution der „Identität“ Ähnlichkeiten zur Rolle aufweist. Damit wäre allerdings auch der Anspruch des „Prototyps Zivilmacht“ dahin, denn in eine Rolle kann grundsätzlich jeder schlüpfen, doch eine (zivilisierende) „Identität“ läßt sich sehr viel schwerer aufbauen. Das Identitätskonzept erscheint mir mit den empirischen Befunden des Projektes stimmiger und deckt sich außerdem mit den Untersuchungen von Berger (1991, 1996, 1997) und Katzenstein (1993) (vgl. hierzu Jepperson/Wendt/Katzenstein 1996: 61).

5.2. Lehren

- Der Zivilmachtsansatz ist m. E. theoretisch nach wie vor ausbaufähig, um nicht zu sagen unterentwickelt. Er basiert auf vielen Prämissen, die m. E. nicht so ohne weiteres angenommen werden können, i. e. ein individueller oder kollektiver Zivilisierungsprozeß im Elias'schen Sinne (Harnisch 1994, 1995, 1996, 1997). Ein weniger theoretischer Hintergrund hätte das Projekt m. E. entlastet und zu klareren Ergebnissen geführt. Daraus ziehe ich den Schluß, daß noch mehr Grundlagenforschung geleistet werden muß, bevor mehr oder weniger elaborierte theoretische Ansätze getestet werden können.
- Wird ein Forschungsprojekt auf einem Feld angesiedelt, das bereits von anderen Ansätzen beackert worden ist, so muß es sich zwangsläufig diesen alternativen Erklärungen stellen. Nach den langwierigen Diskussionen zu Beginn des Projektes, erscheint es mir sinnvoll, daß dies eher früher (also bei der Formulierung des Projektantrages) als später der Fall sein sollte. Erst wenn die Paradoxa in der bestehenden Forschung deutlich sind, kann dazu übergegangen werden, diese zu erhellen. Der Neorealismus ist hier zwar ein beliebter „strawman“, aber können wir deshalb am Ende unseres Projektes diese Paradoxa besser erklären?

- Eine nachträgliche theoretische Aufladung des Projektes, wie sie im Rahmen des „Rollentheorieaufsatzes“ vorgenommen wurde ist m. E. dann sehr problematisch, wenn das Projekt die dort abgegebenen Versprechen (z. B. „um diesem Phänomen unterschiedlicher außenpolitischer Kulturen systematisch nachzugehen...“, Kirste/Maull 1996: 284) nicht (mehr) einlösen kann. Für ein solches Unterfangen hätte der außenpolitische Kulturbegriff schon vorher klar umrissen sein müssen. Eine bloße Übernahme des Berger'schen Konzeptes (Berger 1996: 325ff.) hilft da auch nicht weiter, weil den Untersuchungen Bergers eine aufwendige außenpolitische Diskursanalyse zugrundeliegt (Berger 1996: 328). Das haben wir nicht nur am 04.03. 1997 abgelehnt, das wäre nachträglich auch nicht mehr zu machen gewesen.

5.3. Projektziele und Ergebnisse

Projektziele

Ergebnisse

1. Entwicklung der beiden Dyaden => Rückschlüsse auf zukünftige Gestaltungsfähigkeit	+ -
2. Erkenntnisse über Art und Richtung der Veränderungsprozesse in den IB => Beitrag zur Theoriebildung	- +
3. Beitrag zur Abschätzung der Belastbarkeit der Dyaden	+ -
4. Veränderungen des Phänomens „Macht“ in den IB => Aussage über Macht in unterschiedlich verdichteten sozialen Beziehungen	+ -
5. Selbstverständnis und Rollenerwartungen aller drei Akteure vergleichend analysieren	++
6. Tragfähigkeit des „Konzeptes Zivilmacht“ überprüfen (als politikwissenschaftliches Konzept)	+ -
7. Hypothesenveri- oder falsifizierung: a) Japan und die Bundesrepublik unterscheiden sich von USA bezüglich ZM- Charakter; b) Veränderungen in IB begünstigen die Gestaltungschancen von Zms	- + + -
8. Hat das „Phänomen Zivilmacht“ bei Eliten und Bevölkerung während des Untersuchungszeitraumes an Attraktivität und Plausibilität gewonnen?	?
9. Ermessen des Gestaltungsanspruches und der Gestaltungschancen von ZM im Hinblick auf die Veränderung internationaler Rahmenbedingungen (Institutionen/Regime) als Beleg für agent-structure Debatte.	? -
10. Haben ZM in bestimmten Institutionen/Regimen Gestaltungsansprüche ,und können sie ihre zivilisatorischen Vorstellungen dort implantieren?	?

5.4. Nachwort

Aus meiner eigenen Forschung ergibt sich für das Zivilmächtskonzept als Politikberatungskonzept (Mauil/Kirste 1996: 2) folgendes Derivat. Der trilaterale Ursprung und die liberale Grundhaltung des ZM-Konzepts und seiner Verfechter sollten die Erfahrungen der Carter-Administration, dem ersten Trilateralisten, ernstnehmen. Diese hatte erstmals unter der Leitung Brzezinskis versucht, dieses Konzept, zumindest in Ansätzen, umzusetzen.

Traditionelle Interpretationen der Carter-Ära werfen der Administration aus realpolitischer Sicht entweder Inkohärenz oder naiven Idealismus vor. Dieser sei an der harten Realität der sowjetischen Aufrüstungspolitik gescheitert. Ähnliches wird dem ZM-Konzept auch immer wieder vorgehalten. Diese Interpretation ist m. E., zumindest für Carter, ungenügend. Wie die Analyse der Koreapolitik Carters zeigt, war es weniger die SU-Intervention in Afghanistan, sondern die bereits zuvor fehlende Akzeptanz des liberalen AP-Konzepts in der Bevölkerung und der außenpolitischen Community und seiner praktischen Auswirkungen auf die bürokratischen und militär-industriellen Interessen innerhalb der Regierung. Die bloße Thematisierung von Menschenrechten gegenüber dem autoritären Regime in Seoul, ja noch nicht einmal der Korea-Gate-Skandal konnte den Abzugsplänen der Administration zum Durchbruch verhelfen. Menschenrechte allein konnten die notwendige innenpolitische Legitimität für die ohne Zweifel notwendige außenpolitische Anpassung (Reduzierung des amerikanischen sicherheitspolitischen Engagements) nicht begründen.

Der amerikanischen Öffentlichkeit fehlte schlicht und ergreifend das Bewußtsein für die Veränderungen der weltpolitischen Konstellation (zunehmende politische, wirtschaftliche und kulturelle Interdependenz) und der daraus resultierenden Folgen für die Position der USA in der Weltpolitik (relative decline). Stattdessen negierte sie mit der Wahl der Reagan-Administration die Anerkennung dieses Wandels durch die Carter-Administration.

Eine solche Entwicklung droht ohne Zweifel auch für eine Neuauflage einer trilateralen Steuerung der Weltpolitik und ihres kleinen Bruders, des reflexiven Multilateralismus in der EU. „Cross-cutting pressure“ als Ergebnis von wirtschaftlichen/kulturellen Globalisierungsprozessen und innenpolitischer Fragmentierung werden auf absehbare Zeit alle politischen Entscheidungsträger in marktwirtschaftlichen Demokratien auf eine harte Legitimitäts-Probe stellen. Nur wenn die Öffentlichkeit die neue Komplexität mit ihren finanz-, wirtschafts-, und währungspolitischen Auswirkungen in Ansätzen versteht, kann eine auf liberalen Prinzipien fundierte Außenpolitik auch jenseits der Kanzleraußenpolitik in der Post-Kohl Ära gelingen. Die innenpolitische Debatte um die WWU ist eine Wegmarke in dieser Hinsicht. So machen politische Kommentatoren allerorts die WWU für die Anpassungszwänge der Weltwirtschaft verantwortlich. Doch auch ohne die WWU müßten die notwendigen Anpassungen dringend durchgesetzt werden. Wenn wirtschaftspolitische Effizienz nach innen als Legitimitätsressource für die EU in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit an Wert verliert, gewinnt gleichzeitig das Argument der weltwirtschaftlichen Konkurrenz an Gewicht für die Legitimation der EU. Überzeugend ist dieses für viele Bürger jedoch nur aufgrund der Simplizität, nicht aber vor dem Hintergrund der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung um die ungleiche Verteilung der Exportgewinne.

Ganz erhebliche Legitimitätsprobleme ergeben sich in dieser Hinsicht für die EU bzw. NATO-Osterweiterung. Bei gleichbleibend schlechter Wirtschaftslage in Westeuropa wird der Druck auf die politischen Eliten steigen, die Erweiterung aufgrund der offensichtlichen, wenngleich relativ geringen Kosten, nicht mit Effizienz und Menschenrechten, sondern mit Sicherheit vor der Sowjetunion und einer besseren Kriminalitäts- und Immigrationsbekämpfung zu begründen. Aufgrund des Jugoslawienkonfliktes und der wiederholten Konflikte um eine gemeinsame Chinapolitik ist eine Legitimation einer verantwortungsbewußten und

multilateralen deutschen Außenpolitik anhand von Menschenrechten oder gemeinsame demokratische Werte diskreditiert.

6. Literatur:

- Berger, Thomas U.** (1997): The Past in the Present: Historical Memory and German National Security Policy, in: German Politics 6(1997) 1, S. 39-59
- Berger, Thomas U.** (1996): Norms, Identity and National Security in Germany and Japan, in: Katzenstein (1996), S. 317-356
- Berger, Thomas U.** (1991): America's Reluctant Allies: The Genesis of the Political Military Cultures of Japan and West Germany, unpublished Ph.D. dissertation, Boston: MIT
- Blank, Thomas** (1997): Wer sind die Deutschen? Nationalismus, Patriotismus, Identität - Ergebnisse einer empirischen Längsschnittdanalyse, in: APuZ B13(1997), S. 38-46
- Brock, Lothar et al.** (1992): Abschlußbericht über das Forschungsprojekt „Westeuropa und die Atlantische Allianz. Die Identität Westeuropas in der Diskussion über eine Neuordnung der westlichen Sicherheitspolitik, Frankfurt/Main: HSFK
- Czempiel, Ernst-Otto** (1981): Internationale Politik. Ein Konfliktmodell, Paderborn: Schöningh
- de Sola Pool, I.** (Ed.) (1959): Trends in content analysis, Urbana, ILL: Univ. of Illinois Pr.
- Eckstein, Harry** (1975): Case Study and Theory in Political Science, in: Greenstein/Polsby 1975, S. 79-138
- Elias, Norbert** (1985): Humana Conditio. Beobachtungen zur Entwicklung der Menschheit am 40. Jahrestag eines Kriegsendes (8. Mai 1945), Frankfurt/Main: Suhrkamp Verl.
- Feske, Susanne** (1994): Zivilmächte. Überlegungen zum Fallstudiendesign, unveröff. Manuskript, Universität Trier, 22. August 1994
- Finnemore, Martha** (1996): Norms, Culture, and World Politics: Insights from sociology's institutionalism, in: International Organization 50(1996), S. 325-347
- Finnemore, Martha** (1993): International organizations as teachers of norms: The United Nations Educational, Scientific, and Cultural Organizations and Science Policy, in: International Organization 47(1993), S. 565-597
- George, Alexander** (1979a): Case studies and Theory Development: The Method of Structured Focussed Comparison, in: Lauren (1979), S. 43-68
- George, Alexander/Timothy McKeown** (1985): Case Studies and theories of organizational decision making, in: Coulam, Robert/Richard Smith (Eds.) (1985): Advances in information processing in organizations, Greenwich, CN: JAI Pr, S.???
- George, Alexander/Richard Smoke** (1974): Deterrence in American Foreign Policy: Theory and Practice, New York: Columbia UP
- Goldmann, Kjell** (1996): International Relations: An Overview, in: Goodin/Klingemann (1996), S. 401-427
- Goodin, Robert E./Hans-Dieter Klingemann** (Eds.) (1996): A New Handbook of Political Science, Oxford: Oxford UP
- Goodin, Robert E./Hans-Dieter Klingemann** (1996a): Political Science: The discipline, in: Goodin/Klingemann 1996, S. 3-49

- Greenstein, Fred/Nelson Polsby** (Eds.) (1975): Handbook of Political Science, Vol. VII, Reading, MA: Addison-Wesley
- Haas, Michael/H. S. Kariel** (Eds.) (1970): Approaches to the Study of Political Science, San Francisco: Chandler
- Hacke, Christian** (1996): Nationales Interesse als Handlungsmaxime für die Aussenpolitik Deutschlands, in: Kaiser/Krause (1996), S. 3-13
- Harnisch, Sebastian** (1997): „Man constructs state, and war“. Konstruktivistische Ansätze und die US-amerikanische Südkoreapolitik, Dissertationsvortrag vor dem „Außenpolitischen Kolloquium des Lehrstuhls für Internationale Beziehungen/Außenpolitik, 21. Januar 1997, unveröff. Manuskript
- Harnisch, Sebastian** (1996): Warum ist die Rollentheorie systemischen Ansätzen bei der Erklärung von Außenpolitik in einer arbeitsteiligen „internationalen Gesellschaft“ überlegen?, unveröff. Manuskript, Universität Trier
- Harnisch, Sebastian** (1995): Der Januskopf der Zivilisierung - Über die Kollektivierung von Sicherheit in der internationalen Politik und den Genozid in Ruanda, unveröff. Manuskript, Universität Trier
- Harnisch, Sebastian** (1994): Zwischen Markt und Forum. Zivilmächte in den Theorien der Internationalen Beziehungen, unveröff. Manuskript, Universität Trier
- Hermann, Charles F.** (1990): Changing Course: When Governments Choose to Redirect Foreign Policy, in: International Studies Quarterly (1990) 34, S. 3-21
- Hoff, Herbert, R./H.-D. Klingemann** (1990): The Policy Impact of Party Programmes and Government Declarations in the Federal Republic of Germany, in: European Journal of Political Research (1990) 18, S. 277-304
- Holsti, Ole R.** (1969): Content analysis in the social science and the humanities, Reading, MA: Addison-Wesley
- Ickenberry, G. John/Charles A. Kupchan** (1990), Socialisation and Hegemonic Power, in: International Organisation 44(1990) 3, S. 283-315
- Jepperson, Ronald L./Alexander Wendt/Peter J. Katzenstein** (1996): Norms, Identity, and Culture in National Security, in: Katzenstein (1996), S. 33-75
- Kaiser, Karl/Joachim Krause** (Hg.) (1996): Deutschlands neue Außenpolitik, BD. 3: Interessen und Strategien, München: Oldenbourg
- Katzenstein, Peter** (Ed.) (1996): The Culture of National Security: Norms and Identity in World Politics, New York: Columbia UP
- Katzenstein, Peter** (1996a): Conclusion: National Security in a Changing World, in: Katzenstein 1996, S. 498-537
- Katzenstein, Peter** (1993): Taming of Power: German Unification, 1989-1990, in: Meredith Woo-Cummings/Michel Loriaux (Eds.) (1993): Past as Prelude: History in the Making of New World Order, Boulder: Westview Pr., S. 59-82
- Kaarbo, Juliet** (1996): Power and Influence in Foreign Policy Decision Making: The Role of Junior Coalition Partners in German and Israeli Foreign Policy, in: International Studies Quarterly (1996) 40, S. 501-530
- Keohane, Robert O.** (1989): International Institutions and State Power, Boulder, CO: Westview Pr.

- Kirste, Knut/Hanns W. Maull** (1996): Zivilmacht und Rollentheorie, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen 3(1996) 2, S. 283-312
- Krasner, Stephen D.** (Ed.) (1983): International Regimes, Ithaca, NY: Cornell UP
- Lauren, Paul G.** (Ed.) (1979): Diplomacy. New Approaches in History, Theory, and Policy, New York: Free Pr.
- March, James G./Johan P. Olsen** (1994): Institutional Perspectives on Political Institutions, ARENA-Working Papers, No. 2
- Maull, Hanns W.** (1993): Europe and the changing global agenda, in: Story (1993), S. 140-160
- Maull, Hanns W./Knut Kirste** (1996): Bericht über den Fortgang des DFG-Projekts „Zivilmächte“, Universität Trier, unveröff. Manuskript, 1. April 1996
- McAdams, A. James** (1997): Germany After Unification. Normal At Last?, in: World Politics 49(1997), S. 282-308
- Neack, Laura/Jeanne A. K. Hey/Patrick J. Haney** (Eds.) (1995): Foreign Policy Analysis. Continuity and Change in its Second Generation, Englewood Cliffs, NJ: Prentice Hall
- Neack, Laura/Jeanne A. K. Hey/Patrick J. Haney** (1995a): Generational Change in Foreign Policy Analysis, in: Neack et al. 1995, S. 1-16
- Neack, Laura** (1995): Linking State Type with Foreign Policy Behaviour, in: Neack et al. 1995, S. 215-228
- Oehler, Christoph** (1958): Vorurteile im Bild der Deutschen von Frankreich, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 10(1958), S. ??
- Owen, John M.** (1994): How Liberalism produces Democratic Peace, in: International Security 19(1994) 2, S. 87-125
- Pollack, Detlef** (1997): Das Bedürfnis nach sozialer Anerkennung. Der Wandel der Akzeptanz von Demokratie und Marktwirtschaft in Ostdeutschland, in: APuZ B13(1997), S. 3-14
- Riesman, David** (1958): Die einsame Masse. Eine Untersuchung der Wandlungen des amerikanischen Charakters, Reinbeck
- Risse-Kappen, Thomas** (1995): Reden ist nicht billig. Zur Debatte um Kommunikation und Rationalität, in: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 2(1995) 1, S. 171-184
- Rittberger, Volker et al.** (1997): Vereinte Nationen und Weltordnung. Zivilisierung der Internationalen Politik? Opladen: Leske & Budrich
- Russett, Bruce** (1993): Grasping Democratic Peace, Princeton: Princeton UP
- Russett, Bruce** (1970): International Behavior Research: Case Studies and Cumulation, in: Haas/Kariel 1970, S. 425-453
- Scharpf, Fritz W.** (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des Zwanzigsten Jahrhunderts, in: PVS 32(1991), S. 621-634
- Schöllgen, Gregor** (1997): Geschichte als Argument. Was kann, was muß die deutsche Großmacht auf dem Weg ins 21. Jahrhundert tun?, in: Internationale Politik 52(1997) 2, S. 1-7
- Schuler, Thomas** (1997). Probezeit. Deutschland im Sicherheitsrat (1995/96), in: Vereinte Nationen 45(1997) 1, S. 1-8

- Singer, Eric/Valerie Hudson** (Ed.) (1992): Political Psychology and Foreign Policy, Boulder, CO: Westview Pr.
- Sjöstedt, Gunnar** (Ed.) (1993): International Environmental Negotiations,
- Story, Jonathan** (Eds.) (1993): The New Europe, London: Blackwill Publ.
- Tetlock, Philipp** (1985): Integrative Complexity of American and Soviet foreign policy rhetoric: A time series analysis, in: Journal of Personality and Social Psychology 49(1985), S. 565-585
- Tidten Markus** (1997): Pax Japonica in Nordostasien. Teil II: Ohne die Kurilen kein Frieden?, (SWP-IP 3004), Ebenhausen/Isartal: SWP
- Voss, James F./Ellen Dorsey** (1992): Perception and International Relations: An Overview, in: Singer/Hudson 1992, S. 3-30
- Waltz, Kenneth N.** (1959): Man, State, and War, New York
- Yukl, G.** (1989): Leadership in Organizations, Englewood Cliffs, NJ: Prentice-Hall
- Zartman, William I.** (Ed.) (1994): International Multilateral Negotiation. Approaches to the Management of Complexity, San Francisco, Jossey-Bass Publ.
- Zelikow, Philipp** (1996): The Masque of Institutions, in: Survival 38(1996) 1, S. 6-18
- Ziehe, Thomas** (1975): Pubertät und Narzißmus, Köln
- Zürn, Michael** (1996): Über den Staat und die Demokratie im europäischen Mehrebenensystem, in: PVS (1996) 1, S. 27-55
- Zumach, Andreas** (1997): Dayton - Kein Synonym für Frieden. Nach dem angeblichen Versagen der Vereinten Nationen: absehbares Scheitern der NATO-Mission, in: Vereinte Nationen 45(1997) 1, S. 9-14